

Das Massaker an friedlichen Demonstranten auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking am 4. Juni 1989 löste noch am gleichen Tag Proteste in Ost-Berlin aus, die von der Staatssicherheit genau registriert werden.

Im Frühjahr 1989 demonstrierten in Peking hunderttausende Menschen auf dem Platz des Himmlischen Friedens für politische Reformen und mehr Demokratie. Doch die kommunistische chinesische Regierung war zu keinem Entgegenkommen bereit. In der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 1989 beendeten gepanzerte Fahrzeuge der Volksbefreiungsarmee die Besetzung des Platzes. Sechs Wochen lang hatten Demonstranten - angeführt von Studenten - gewaltfrei den Dialog mit der kommunistischen Führung für eine Verbesserung des Systems gesucht. Hunderte Menschen kamen beim "Tian'anmen-Massaker", wie die Niederschlagung des Aufstandes bezeichnet wird, ums Leben.

Die DDR-Führung unterstützte das harte Vorgehen der chinesischen KP gegen die Proteste. Die Volkskammer der DDR äußerte in einer Erklärung Verständnis dafür, dass es notwendig geworden sei, "Ordnung und Sicherheit unter Einsatz bewaffneter Kräfte wieder herzustellen" ("Neues Deutschland" 9.6.1989).

Aus der Sicht der Bürgerrechtsbewegung stellte die blutige Unterdrückung der chinesischen Demokratiebewegung in diesem Monat eine Zäsur dar. Solidarität mit den Gleichgesinnten im Reich der Mitte war von nun an ein wichtiges Thema für die Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler in der DDR. Noch am gleichen Tag kam es deshalb zu ersten Aktionen vor der Botschaft der Volksrepublik China in Ost-Berlin, die von der Hauptabteilung XX genau beobachtet wurden.

Signatur: BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 139, Bl. 63-65

Metadaten

Datum: 7.6.1989 Zustand: Manuell rekonstruiert

Überlieferungsform: Dokument



900063

Berlin, 7. Juni 1989

Streng geheim

Zusammenfassende Information

Lagerelevante Personenfeststellungen zum Sicherungsbereich "Botschaft der VR China in der DDR" im Zeitraum 4. 6. 1989 bis 7. 6. 1989

Im Zeitraum 4. 6. 1989 bis 7, 6. 1989 wurden im Zusammenhang mit der Lageentwicklung in der VR China zum Sicherungsbereich

Botschaft der VR China in der DDR Berlin-Pankow, Heinrich-Mann-Str, 9

folgende Personenfeststellungen getroffen:

Zuführungen:

44 Personen

Abweisungen:

24 Personen

postalische Verbindungsaufnahmen: 22 Postsendungen

1. Erkenntnisse zu Zuführungen (Personalangaben Anlage 1)

Am 5. 6. 1989, 20.00 Uhr wurde eine Gruppe von 28 DDR-Bürgern, darunter als Skinheads erkennbare Personen, zugeführt, Diese Personengruppe hielt sich seit 19,30 Uhr im Sicherungsbereich der Botschaft auf und kam mehreren Aufforderungen der Sicherungskräfte, diesen Bereich zu verlassen, nicht nach.

erkannt.

Am 6. 6. 1989, 17.25 Uhr erfolgte die Zuführung von 15 Personen. 17,10 Uhr hatte sich eine Gruppe von insgesamt 24 Personen vor der Botschaft mit der Zielstellung, in der Botschaft der VR China in der DDR einen "Offenen Brief" zu übergeben, versammelt. Den Personen wurde von den Sicherungskräften der Zutritt zur Botschaft verwehrt. Der Empfehlung, den "Offenen Brief" dem WKM-Posten zur Weiterleitung zu übergeben, postalisch zum Versand zu bringen oder im MfAA der DDR abzugeben, wurde von ihnen nicht entsprochen.

Signatur: BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 139, Bl. 63-65

Blatt 63



909064

2

Die Personengruppe kam der Aufforderung der Sicherungskräfte, den Sicherungsbereich der Botschaft zu verlassen, nicht nach. 3 weibliche Personen setzten sich auf den Sockel der Gebäudebegrenzung der Botschaft.

Die zugeführten DDR-Bürger wurden durch Kräfte des MfS befragt, entsprechend belehrt und zwischen 21.30 Uhr und 0.50 Uhr entlassen. Gegen sie wurden Ordnungsstrafverfahren mit Geldstrafen in Höhe von 50,00 Mark bis 300,00 Mark eingeleitet. (Dokumentation des bei der Zuführung festgestellten "Offenen Briefes" in der Anlage 4)

Am 6. 6. 1989, 18.10 Uhr wurde ein DDR-Bürger durch Kräfte des WKM zugeführt, da er versuchte, an der Botschaft ein Blumengebinde als "Ausdruck der Trauer um die Getöteten" in China hiederzulegen. Er wurde nach einer Befragung und anschließender Belehrung 21.30 Uhr entlassen.

Zum Zeitpunkt seiner Zuführung wurde in unmittelbarer Nähe des Sicherungsbereiches der in der DDR akkreditierte ständige Korrespondent des "Evangelischen Pressedienstes"

Röder, Hans-Jürgen

in seinem Pkw, ohne Begleitung und ohne sichtbare technische Hilfsmittel festgestellt.

2. Erkenntnisse zu Abweisungen (Personalangaben Anlage 2)

Am 4. 6. 1989, 20.45 Uhr erschienen 2 DDR-Bürger vor der Botschaft, stellten 3 Kerzen auf und entzündeten diese, um damit ihre Sympathie mit den demonstrierenden Studenten in der VR China zu bekunden. Durch Kräfte des WKM wurde die Handlung sofort unterbunden. Beide Personen wurden nach Belehrung aus dem Sicherungsbereich verwiesen.

Am <u>5. 6. 1989, 17.15 Uhr wurden <u>4 DDR-Bürger</u>, die ihren Protest zu <u>den Vorfällen in der VR China bekunden wollten, abgewiesen</u>.</u>

Am 5. 6. 1989, 20.10 Uhr wurden 2 ausländische Staatsbürger und 2 DDR-Bürger abgewiesen, die sich in der Botschaft nach der Situation in der VR China erkundigen wollten.

Am <u>5. 6. 1989, 22.00 Uhr wurden 2 DDR-Bürger</u> und ein Kind, die vor <u>der Botschaft Blumen</u> ablegen wollten, <u>abgewiesen</u>.

Am 6. 6. 1989, 8.25 Uhr wurden drei Theologiestudenten aus dem Bezirk Rostock an der Botschaft abgewiesen, da sie an den Botschafter eine "Resolution" übergeben wollten. Nach der Abweisung wandten sie sich entsprechend eines Hinweises der Sicherungskräfte an das MfAA. Dort informierten sie sich in der Besucherinformation über die Lage in der VR China und zur diesbezüglichen Informationspolitik der DDR. Sie machten dabei keine Angaben zum Inhalt der "Resolution".

Signatur: BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 139, Bl. 63-65

Blatt 64



900065

3

Am 6. 6. 1989, 15.15 Uhr wurden zwei DDR-Bürger und um 15.25 Uhr ein weiterer DDR-Bürger aus Berlin abgewiesen. Sie wollten in die Botschaft, um "Material" zu erhalten. Auch diese drei Personen wurden an das MfAA verwiesen.

Am 7. 6. 1989, 16.40 Uhr wurden zwei DDR-Bürger aus Berlin abgewiesen, die beabsichtigten, in der Botschaft einen Brief abzugeben. Sie wurden an das MfAA verwiesen. Daraufhin versuchten sie, beim Verlassen des Sicherungsbereiches einem vorbeigehenden Angehörigen der Botschaft den Brief zu übergeben. Dieser lehnte die Annahme ab.

Am 7. 6. 1989, 17.00 Uhr wurden vier DDR-Bürger abgewiesen. Sie beabsichtigten, einen Brief an die Botschaft abzugeben. Beim Verlassen des Sicherungsbereiches legten sie auf dem Grünstreifen gegenüber dem Haupteingang der Botschaft einen Blumenstrauß nieder, der durch Kräfte des WKM entfernt wurde,

3. Erkenntnisse Zü postalischen Verbindungsaufnahmen (Personalangaben und Brief/Telegrammkopien Anlage 3)

Die postalischen Verbindungsaufnahmen erfolgten schwerpunktmäßig von Personen aus der Hauptstadt der DDR (17), darüber hinaus aus den Bezirken Rostock (2), Schwerin (1), Gera (1), Karl-Marx-Stadt (1), Erfurt (1) und Frankfurt/Oder (1).

In den Postsendungen wird insbesondere gegen das "brutale Vorgehen" der chinesischen Armee protestiert,

Signatur: BStU, MfS, HA XX/AKG, Nr. 139, Bl. 63-65

Blatt 65